

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 926.)

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

(Telephon Nr. 926.)

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, **Johannisstraße 50**, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich **Mk. 1,60**. Monatlich **55 Pfg.** Postzeitungsliste Nr. 4069a, 6. Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die vierspaltige Zeile oder deren Raum **15 Pfg.**, für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur **10 Pfg.**, auswärtige Anzeigen **20 Pfg.** Inserate für die nächste Nummer müssen bis **9 Uhr Vormittags** in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 276.

Dienstag den 26. November 1901.

8. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

Die Begründung zum Zolltarifentwurf.

Der allgemeine Theil der Begründung des Zolltarifes ist nunmehr den Mitgliedern des Reichstages zugestellt worden. Er umfaßt nur 17 Druckseiten und giebt in seinem ersten Theile eine historische Darstellung der Zoll- und Handelspolitik seit 1879, sowie eine Schilderung des Zustandes des jetzigen Entwurfs, bietet also in diesem Theile weder Neues noch Interessantes. Dann wird, wie es schon aus vielen offiziellen Artikeln bekannt ist, die Technik und das System des neuen Zolltarifentwurfs geschildert. Weiter wird dann noch, zu etwas allgemeineren und mehr grundsätzlichen Betrachtungen übergehend, gesagt, daß unser Waarenverkehr, die Gütererzeugung und Gewerbetätigkeit auf Grund der bisher bestehenden Verträge bis in die letzte Zeit, in der allerdings ein Rückschlag eingetreten ist, das Gesamtbild eines erfreulichen Aufschwunges der wirtschaftlichen Entwicklung biete. Der Ertrag der wirtschaftlichen Arbeit habe zugenommen, im einzelnen allerdings, namentlich beim Ackerbau, eine Beeinträchtigung erfahren. Die Auswanderung sei zurückgegangen, die Lebenshaltung der breiten Volksmassen habe sich gebessert, was insbesondere auch die Steuerlast und die Sparkasse beweise. Auch unsere Handelsbilanz biete keinen Anlaß zu Besorgnissen, denn der Einfuhrüberschuß betreffe hauptsächlich Rohstoffe und Genussmittel, die bei uns nicht gewonnen werden. Zu dem Exporte von Gewerbe und Handel habe die Politik der Zolltarifverträge wesentlich beigetragen. Aus der Steigerung der festgelegten Zölle habe die Industrie durch Ausbau der alten und Anknüpfung neuer Handelsbeziehungen im weiten Umfange Nutzen gezogen. Daran wird aber alsbald wieder eine Bemerkung für das Herz der Agrarier geknüpft. Dieser Vortheil — so heißt es nämlich — hätte allerdings durch eine Abschwächung des Zollschutzes für wichtige Erwerbszweige erkauft werden müssen. Es wird darum auf Grund der Berufsstatistik näher nachzuweisen versucht, wie sich die Verhältnisse zu Ungunsten der Landwirtschaft verändert haben. Um die Arbeitskräfte nicht in noch stärkerem Maße zu verlieren, sei die Landwirtschaft genötigt gewesen, höhere Löhne zu zahlen, und ihre Betriebskosten hätten eine schwere Steigerung erfahren. Gleichzeitig sei bei dem Getreidebau der Gelderlös für die Mengeneinheit unter Schwankungen von Jahr zu Jahr, je nach dem Ausfall der Ernte, im ganzen zurückgegangen. Das Mißverhältnis zwischen Herstellungs- und Verkaufswert habe zugenommen. In einem besonderen Theile der Begründung soll noch eine eingehende Darstellung der gegenwärtigen Lage der Landwirtschaft geliefert werden.

Von der Industrie dürfte gehofft werden, daß sie in nicht allzuferner Zeit die gegenwärtige Krisis überwinden und wieder rüstig auf aufsteigender Bahn fortschreiten werde. Dagegen würden die Gefahren, welche die zunehmende Entwicklung des Weltverkehrs für unsere Landwirtschaft mit sich bringt, voraussichtlich in den nächsten Jahrzehnten noch nicht verschwinden. Das würde nicht nur auf wirtschaftlichem Gebiet unheilvolle Folgen haben, und deshalb dürften wirksame Gegenmaßnahmen nicht unterlassen werden.

Der vorliegende Zolltarif erblickt demgemäß eines seiner wesentlichsten Ziele darin, die Lage der Landwirtschaft günstiger zu gestalten, damit der Erlös besser den Herstellungskosten angepaßt werde. Der verstärkte Zollschutz solle bewirken, daß dem Ackerbau ein angemessener und zu Betriebsverbesserungen ermunternder Gewinn übrig bleibe, damit Deutschland nicht noch mehr vom Ausland abhängig werde, wenn auch auf völlige Entbehrung der Getreidezufuhr aus dem Ausland nicht zu rechnen sein werde. Seit der Aufhebung des Identitätsnachweises seien die Preise für Weizen und Roggen annähernd um den Betrag des Eingangszolles höher als die Weltmarktpreise. Das sei eine wesentliche Erleichterung für den heimischen Ackerbau. Die Abhängigkeit der Inlandspreise von dem Weltmarktpreise werde allerdings fortbestehen. Der Zolltarif habe auch nicht die Aufgabe, irgend einem Zweige der heimischen Produktion die dauernde Erzielung von Verkaufspreisen in bestimmter Höhe zu garantieren. Auch die Rücksichtnahme auf besondere mit den Herstellungskosten der Waaren nicht zusammenhängende Schwierigkeiten, die in einzelnen Gegenden die Lage des Ackerbaues noch verschlimmern, liegen außerhalb des Bereiches der Zollgesetzgebung. Dann heißt es weiter: Wenn die Erhöhung der landwirtschaftlichen Zölle als unabweisbares Bedürfnis anerkannt werde, so dürfe man sich davon durch Rücksichten auf die Vertheuerung der Nahrungsmittel nicht abhalten lassen. Es seien übrigens schwerwiegende Nachteile für die Verbraucher auch nicht zu befürchten, selbst nicht einmal sicher und unmittelbar durch die Erhöhung der Zölle für Brodgetreide; denn es frage sich, ob die Brodpreise, die zugleich von Zinsen- und

Kleinhandel und vom Preisausschlag der Väder abhängig sind, der Steigerung der Getreidepreise gleichmäßig folgen werden. Der Rückgang der Getreidepreise sei beim Brod nicht in vollem Umfange zum Ausdruck gekommen, daher erscheine die Annahme nicht unvertretbar, daß dies ebenjowenig bei einer Steigerung der Getreidepreise der Fall sein werde. Schon die Möglichkeit einer Erschwerung der Volksernährung lege die erste Verpflichtung auf, die Zollerhöhungen von so bedeutender wirtschaftlicher Tragweite mit der größten Vorsicht zu bemessen. Sollte sich dessenungeachtet unter Umständen eine Belastung der verbrauchenden Bevölkerung ergeben, so müßte alles ertragen werden, um weitere ernstere Gefährdungen der Staatswohlfahrt hintanzuhalten! Dem berechtigten Streben der Einzelwirtschaft nach möglichst geringen Aufwänden sind durch den Zusammenschluß zu einem staatlichen Gemeinwesen Schranken gezogen. Die Gesamtwirtschaft des Volkes kann sich nur dann günstig entwickeln, wenn ihren begründeten Ansprüchen die Einzelwirtschaften sich unterordnen. Wenn die verschiedenen Zweige der Gütererzeugung und Erwerbstätigkeit derart im Gleichgewicht gehalten werden, wie es nach besonderen Bedürfnissen des Landes, nach seiner Lage und seinen natürlichen Hilfsquellen angemessen erscheint, und wenn die drei großen Berufsgruppen als gegenseitige Abnehmer sich fördern und ergänzen. Mit diesen Nebensarten wird die Brodvertheuerung „begründet“.

Der Rest der Begründung handelt von den Industriezweigen und wird mit den Sätzen eingeleitet, daß im Gegensatz zur Landwirtschaft die Industrie keiner allgemeinen Verstärkung ihres Zollschutzes bedürfe. Der letzte Theil der Begründung besagt, die Aussichten auf den Abschluß neuer Tarifverträge können zur Zeit noch nicht überblickt werden. Auf Seiten Deutschlands besteht die Bereitwilligkeit, nach der Verabschiedung des vorliegenden Entwurfs rechtzeitig in Vertragsverhandlungen mit denjenigen Staaten einzutreten, die dazu geneigt sind. Die Ausgestaltung des Entwurfs zu einer möglichst geeigneten Grundlage für Tarifverhandlungen war deshalb erwünscht. Es wird dann weiter der Nutzen von Zolltarifverträgen auseinandergesetzt, wobei aber der Landwirtschaft ein genügender Zollschutz erhalten bleiben soll. Für Deutschland verdiene jedenfalls die bisherige Politik der Tarifverträge mit längerer Dauer den Vorzug, im Gegensatz zu dem französischen System des Doppeltarifs. Eine Ausnahme sei nur bei den Zöllen für Getreide gemacht worden. Da erweise es trotz der entgegenstehenden gewichtigen Bedenken angezeigt, den Mindestbeitrag des Zolles festzusetzen und dadurch der Landwirtschaft thumlichst Sicherheit zu geben und späteren Meinungsverschiedenheiten über vertragmäßige Zollherabsetzung möglichst vorzubeugen. Mindestzölle für andere Erzeugnisse aber verbieten sich durch das allgemeine Interesse am Abschluß von Handelsverträgen. Finanzpolitische Ziele verfolge der Zolltarifentwurf nicht. Sein Ergebnis ließe sich nicht abschätzen.

Die amtliche Begründung des Zolltarifs enthält, wie man sieht, im Grunde genommen sehr wenig neues. In ähnlicher Weise haben die agrarischen und industriellen hochschulnnerischen Blätter schon längst den Zolltarif mündgerecht zu machen versucht. Ueber die ganz unglückliche Emporschraubung der Fleisch- und Viehzölle scheint die allgemeine Begründung nicht das Geringste zur Rechtfertigung zu enthalten. Daß die Industrie eine allgemeine Zollherabsetzung weder bedarf noch beansprucht, ist richtig, die Industrie will in allererster Linie Handelsverträge. Daß die Regierung sich zum Abschluß solcher bereit erklärt, ist nicht mehr als selbstverständlich, da über die Nothwendigkeit neuer Verträge nicht wohl ein Zweifel bestehen kann. Die Hauptsache bleibt aber, daß der Zolltarif dementsprechend ausgestaltet wird. Die „Begründung“ der Minimalzölle für Getreide unter Ablehnung eines Doppeltarifs nach französischem Muster klingt wie eine Beschönigung, welche Niemand überzeugen wird, der nicht überzeugt sein will. Sie besagt auch nicht, was die Regierung unter den Mindestzöllen versteht, ob sie auch noch abänderungsfähig sein sollen oder nicht.

So kann denn auch die amtliche Begründung des Buchertarifs uns nicht davon abbringen, daß der Tarif in der jetzigen Form unannehmbar ist. Nach wie vor lautet für uns die Parole:

Fort mit dem Buchertarif!

Politische Mundschau.

Deutschland.

Ueber Schoenlaufs Nachfolger als Reichstags-Abgeordneten für Breslau-West wird dort am heutigen Montag Abend eine außerordentliche General-Versammlung des sozialdemokratischen Vereins Entscheidung treffen. Von dem für die notwendige Ergänzung bestellten Wahlkomitee sind zur Auswahl in Vorschlag gebracht worden die Genossen Oskar Schütz in Breslau, Eduard Bernstein in Berlin und Dr. med. H. Friedberg in Berlin.

Oberpräsident v. Boetticher und die Arbeitslosigkeit. Herr v. Boetticher, der Oberpräsident der Provinz Sachsen, scheint sich die energischen Kritiken, die die von ihm vor kurzem in Halle geleitete Konferenz über die Arbeitslosigkeit und die von ihm daselbst bekundete Einseitigkeit allseitig gefunden hat, zu Herzen genommen zu haben. Er hatte für Sonnabend den Vorsitzenden der beiden in Magdeburg stattgefundenen Arbeitslosen-Versammlungen, Genossen Alwin Brandes, der als Bureaubeamter der dortigen Metallarbeiter-Organisationen und als Stadtverordneter sowohl als genauer Kenner der Magdeburger Arbeiterverhältnisse wie als Vertrauensmann der Arbeiter gelten kann, zu einer Besprechung eingeladen. Genosse Brandes hat dieser Einladung selbstverständlich Folge geleistet und in einer ca. 1/2stündigen Unterredung mit dem Herrn Oberpräsidenten ein Bild von der Einwirkung der gegenwärtigen Krise auf die Magdeburger Arbeitsverhältnisse gezeichnet, wie es sich in den Köpfen der Arbeiter, nicht der Arbeitgeber und Landräthe, wieder spiegelt. Der Herr Oberpräsident bestritt, wie die „Volksstimme“ berichtet, auch nicht den Nothstand an sich, nur wollte er nicht zugeben, daß dieser schon so groß sei wie im Jahre 1894. Genosse Brandes wies demgegenüber auf die statistischen Nachweise hin, die seitens des Gewerkschafts-Partells und der einzelnen Organisationen über den Umfang der Arbeitslosigkeit gemacht worden sind. Schließlich erklärte sich Herr v. Boetticher bereit, seinerseits alles zu wollen, um der Arbeitslosigkeit nach Möglichkeit entgegen zu wirken. So will er dafür sorgen, daß in den staatlichen Betrieben der Provinz Sachsen reichliche Arbeitsgelegenheit geschaffen wird, eventuell will er den Eisenbahnminister um Flüssigmachung von Geldern zur Inangriffnahme von Arbeiten angehen. Ferner will der Herr Oberpräsident bei den kommunalen Verwaltungen der Provinz Sachsen seinen Einfluß dahin geltend machen, daß alle nur möglichen ausführbaren Arbeiten der Städte baldigst in Angriff genommen werden. Er befindet sich in diesem Punkte im Einverständnis mit dem Oberbürgermeister Schneider von Magdeburg. Endlich will der Herr Oberpräsident auch auf die Industriellen der Provinz Sachsen in der Richtung einwirken, daß sie nach Möglichkeit niemand entlassen, sowie keine Ueberstunden machen, sondern lieber dafür Neueinstellungen vornehmen. Hoffentlich reicht der Einfluß des Herrn Oberpräsidenten so weit, daß er seine Versprechungen sehr bald zur That werden lassen kann. Jedenfalls wird Herr v. Boetticher nunmehr die Ueberzeugung erlangt haben, daß die Behörden sich nichts vergeben, sondern nur dadurch profitieren können, wenn sie bei Angelegenheiten, die die Arbeiter angehen, auch diese selbst zu Rathe ziehen. Vielleicht beherzigt er diese Erfahrung auch in Zukunft, besonders bei etwaigen weiteren Arbeitslosigkeits-Konferenzen.

Billige Arbeitskräfte für europäische Unternehmer in China. Aus Tsingtau, 2. Okt., geht der „Schwab. Tagw.“ folgender Brief zu:

„An die Redaktion der „Schwabischen Tagwacht“ Stuttgart!
Gehrer Herr Redakteur!

Die Unterzeichneten erlauben sich hiermit, Sie um Ihre werthe Unterstützung in Betreff der Arbeiterfrage in der deutschen Kolonie Kiautschou zu bitten. Hier in der Kiautschou-Kolonie ist die sogenannte Kultur — durch Militär schon so weit gediehen, daß die Zivilisten dem Militär sogar in den Arbeitsstellen Platz machen müssen, um der Herr Unternehmern und Baumeistern Arbeitslohn zu ersparen. Zum Beweis führen wir hier folgenden Fall an: Am 24. September 1901 wurde ein Arbeiter bei einer hiesigen Firma entlassen, und zwar unter der Bemerkung, daß hier Firma genug Soldaten zur Arbeit hätte. Die Soldaten waren aber nicht der Firma direkt gestellt, sondern durch einen Herrn Regierungsbaumeister besorgt worden. Auf dieselbe Art arbeiten „Sintas, Plambel u. Co.“, „Beermann“, „Krobel“, sowie die kaiserlichen Bauverwaltungen.“

Das Schreiben ist mit vier Unterschriften versehen. Es zeigt, wie unverfälscht die europäische, insbesondere aber die deutsche Kultur allmächtig China erobert. In Deutschland sind Soldaten als Konkurrenten der auf den Erwerb angewiesenen Arbeiter, besonders als Strafbrecher, längst keine seltenen Erscheinungen mehr. Raum ist nur durch unseren Hinnenzug den Chinesen auf 1000 Jahre hinaus Mores gelehrt worden, so hält auch die Verdrängung freier Arbeiter durch Soldaten, ein Merkmal europäischer Zivilisation, ihren Einzug in China. Ob diese gar zu unverfälschte Verpflanzung deutscher „Sitten“ nach China im Interesse der deutschen Steuerzahler liegt, darüber wird wahrscheinlich demnach von der Tribüne des Reichstages Näheres zu erfahren sein.

Ein Zoll auf Zwiebeln ist das neueste, was die nimmermüde agrarische Lebensmittelerneuerungsgesellschaft hat. Er wird verlangt, weil die Lage der in Ostpreußen Zwiebelbauern sowie anderer Bauern und Gärtner, die Zwiebelkultur treiben, durch die Einfuhr ausländischer, angeblich ägyptischer Zwiebeln verschlechtert werden soll. Vom Ausland werden ausschließlich die großen sogenannten Sporozwiebeln eingeführt, die im Inlande nicht angebaut werden, deren Einfuhr also die deutschen Zwiebelbauern gar nicht schädigen kann. Das schadet aber nichts, der agrarischen Begehrlichkeit muß alles zum Normale hinführen. Vielleicht wird nächstens ein Zoll auf das Wasser derjenigen

als bald Gelegenheit gegeben wird, zu ihr Stellung zu nehmen.

Altona. Eine unsinnige Wette, die wahrlich einem jungen Manne das Leben kosten wird, veranlaßte gestern Nachmittag mehrere Arbeiter in einer Wirtshaus in der Einsbütteler Straße. Der eine Arbeiter hätte sich erboten, eine mit Kümme gefüllte Flasche, ohne abzusehen, auszutrinken. Die Wette ging um 5 Mk. Der Arbeiter vollführte das Kunststück auch unter dem Jubel der Wettenden. Nach einigen Minuten jedoch erkrankte er so schwer, daß er nach dem städtischen Krankenhaus geschafft werden mußte, wo er infolge Alkoholvergiftung in bedenklichem Zustande darniederliegt. — Einen ähnlichen Verlauf wird ein gleicher Fall nehmen, der sich in Hamburg abspielte. Ein halbfertiger Wirtshaus erbot sich, gegen eine Prämie von fünfzig Pfennigen eine Flasche Cognac auf einmal zu leeren. Kaum hatte er die Flasche halb geleert, als er bewußtlos zusammenbrach.

Siel. Militärjustiz. Wegen Ungehorsams im rechtlichen Zusammenhang mit Achtungsverletzung und wegen thätlichen Angriffs auf einen Vorgesetzten stand der Matrose Brandenburg vom Linienschiff „Kaiser Barbarossa“ unter Anklage. Der Angeklagte war im Herbst d. J. auf dem Fort Korvgen stationiert. Er sah eines Tages in der dortigen Kantine. Am Nebentische saßen Unteroffiziere im Gespräch mit der Tochter des Kantiners. Im Verlaufe des Gesprächs äußerte der Obermaat Brandenburg auf die Küche des Forts: „Die Küche sind Laufwengel.“ Der Angeklagte — selbst ein Koch im Fort — entgegnete: „Wir sollte keiner an den Wagen fahren“ (er gebrauchte ein drastisches Wort) und schlug mit der Faust auf die Tonbank. Da stand der Maat Wagner auf und verwies den Angeklagten aus dem Lokal. Dieser aber antwortete: „Das fällt mir garnicht ein. Das kann mir nur der Wirt sagen!“ Als er dann nochmals den Befehl bekam, schlug er wiederum auf die Tonbank und suchte, indem er die gleiche Antwort gab, mit den Händen dem Maaten vor dem Gesicht herum. Bei dem Herumschüteln soll er dem Maaten vor die Brust gestoßen haben. Der Maat hat dafür keinen Zeugen beibringen können, nimmt aber die Sache auf seinen Eid. Der Vertreter der Anklage beantragt daher unter Annahme eines minder schweren

Falles 1 Jahr 3 Monate Gefängnis. Das Kriegsgericht erkannte wegen Beharrens im Ungehorsam im rechtlichen Zusammenhang mit Achtungsverletzung und thätlichen Angriffs auf einen Vorgesetzten 1 Jahr 1 Tag Gefängnis. — Ein hartes Urtheil, wenn man bedenkt, daß der Verurtheilte von dem Vorgesetzten schwer gereizt worden ist und sich vielleicht in angeheitertem Zustande befunden hat! Solche Urtheile sind wahrlich nicht geeignet, im Volke die Achtung vor unserer modernen Rechtsprechung zu heben.

Harburg. Auf das Schuldkonto unserer Gesellschaftsordnung kommen die gelegentlich einer Gerichtsverhandlung vor der Strafkammer in Stade zur Aburtheilung gelangten Verbrechen, deren sich sieben Schulknaben aus Harburg schuldig gemacht hatten. Die Knaben hatten in einer Reihe von Fällen Seltersbüden und Raubbüden erbrochen und ausgeraubt und sich zudem bettelnd hier umhergetrieben. Die Kinder erhielten nachfolgende Strafen zuerkannt: zwei Jahre Gefängnis und 1 Woche Haft; 1 Woche Gefängnis und 1 Woche Haft; 6 Monate Gefängnis und 1 Woche Haft; 9 Monate Gefängnis und 1 Woche Haft; 4 Monate Gefängnis und 1 Woche Haft; 1 Woche Gefängnis und 1 Woche Haft; 3 Wochen Gefängnis und 1 Woche Haft. Ein mitangeklagter jugendlicher Arbeitsbursche wurde freigesprochen. Die obigen Fälle schreien förmlich nach einer schleunigen Revision des Strafgesetzbuchs! Wie kann man bei Schulkindern eine Besserung durch solche Strafen erwarten.

Lübecker Stadttheater.

Das Märchen von Heilbronn, Ritterchauspiel in 5 Akten von Heinrich v. Kleist. Eine Art Gedächtnisfeier veranstaltete, ohne aufzudecken, selbst daran gedacht zu haben, am Sonnabend unser städtischer Kammertheater, indem er zwei Tage nach dem 90jährigen Todestage des unglücklichen Dichters, dessen Ritterchauspiel „Märchen von Heilbronn“ aufführte. Als sich Heinrich von Kleist am 21. November 1811 auf dem Kirchhofe von Wannsee bei Potsdam selbst den Tod gab, war es für ihn geradezu eine Erlösung aus qualvollen Verhältnissen. Sein Fieberfieber hatte ihn der Sonne zu nahe gebracht, und er hatte sich dabei die Füße verlegt. Schon vor Jahren hat der „Volksbote“ seine Leser mit Kleist bekannt zu machen versucht, indem er seine Meisternovelle „Michael Kohlhaas“ zum Abdruck brachte. Größer jedoch als der Nobellist war

der Dramatiker in Kleist, und nicht mit Unrecht hat man den unglücklichen Dichter den deutschen Shakespeare genannt. Sein „Verbrochener Kruq“ ist ein geradezu klassisches Lustspiel, dessen feiner und gesunder Humor von bestrickendstem Rauber ist. Sein größtes dramatisches Werk ist der „Prinz von Homburg“, in dem Kleist sein eigenes Schicksal dramatisch zu gestalten suchte. Nicht dem „Bringen von Homburg“ steht für uns sein Ritterchauspiel „Märchen von Heilbronn“ am höchsten, das trotz aller Phantastik voll von echter, zarter und lebenswarmer Empfindung ist, weshalb wir auch seine Weberaufführung am Sonnabend mit Freuden begrüßt haben. Alle Vorgänge, aber auch alle Schattenreize der Kleist'schen Muse kommen in diesem Schauspiel zur vollsten Geltung, die Ursprünglichkeit des dramatischen Ausdrucks, der „hinreißend, oft machtvoll ins Dämonische wachende Zug“, zugleich liegt aber auch oft genug „das Anziehende dicht neben dem Abstoßenden, das Anmutige neben dem Geschmacklosen, das Erhabene neben dem Fragenhaften, das Zwingende neben dem Willkürlichen.“ Die Situationen spielen sich zum Theil bis zum Launenhaften und Witzigen zu und greifen selbst ins Pathologische über. Schließlich gewinnen wir aber doch immer wieder den Eindruck, daß ein wahrer und echter Dichter zu uns spricht. — Franz Bonn hatte das Schauspiel sehr stilvoll inszenirt. Die Titelrolle spielte Viola Pabst, die sich damit zu ersten Male in einer größeren Rolle dem Lübecker Publikum vorstellte. Wenn es ihr auch noch nicht gelang, die rührende Gestalt voll auszuküpfen, so ist doch zuzugeben, daß die junge Anfängerin sehr lebhaft zu interessieren wußte. Schlicht und einfach, aber anziehend, damit dürfte ihre Leistung, die den lebhaftesten Beifall des sehr gut besetzten Hauses fand, am besten charakterisirt sein. Den Grafen Wetter vom Strahl gab Louis Zimmerer, der in glücklicher Weise den zwiespältigen Charakter des Grafen glaubhaft zu machen versuchte. Für den alten Woffenschmied von Heilbronn schlug Franz Sartory sich in die Schanze und wußte sich bestens zu behaupten. Abend erwähnt seien noch Dr. Ludwig Wendt (Burggraf von Freiburg), Julius Seidler (Gottschalk) und Conrad Wiene (Kleingraf vom Stein). Die Komikante von Turned spielte Maria Boigt viel zu sehr auf die Salondame hinaus. Hoffentlich wird das Schauspiel recht bald wiederholt. —o—

Sternschanz-Viehmarkt.

Hamburg, 23. November
Der Schweinehandel verlief gut.
Hauptartikel waren 1070 Stück, davon vom Norden —, von Süden — Stück. Preise: Senfchweine — Mk. Verkaufschweine, schwere 62—63 Mk., leichte 62—63 Mk., Sauen 53—60 Mk. anfertel 58—61 Mk. pr 100 Pfd.

Danksagung.
Allen denen, die meinem lieben Manne die letzte Ehre erwiesen und seinen Sarg mit Kranzen schmückten, sowie Herrn Pastor Bies für seine trostreichen Worte am Sarge meinen besten Dank.
Frau Wwe. Köppner, geb. Schultz.

Zu sofort eine Haushälterin
in einem kleinen Haushalt. Zu melden
Cronstader Allee 33 a.

1 bis 2 alte Gesangbücher
zu kaufen gesucht. Off. n. J 14 an die Exped.

Verloren ein goldenes Vincenz.
Abzugeben gegen Belohnung Südrstraße 40.
Empfehle mich zum Ausrichten sämmtlicher Damen- und Kindergarderoben in u. außer dem Hause. Frau Louise Stein, Gartenstr. 17, II.

Nordhäuser Kantabad
aus der
Arbeiter-Genossenschaft e. G. m. b. H.
Nordhausen
empfehle **K. Grabe, Blutengießerstr. 67.**

Vaterlandslose Gesellen.
Kurze Biographien der verstorbenen hervorragenden Socialisten des 19. Jahrhunderts.
Preis 50 Pfg.
Zu beziehen durch die
Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 50.

Die Mecklenburgische Verfassung.
Ein Beitrag zur
Geschichte des Saurethums
von
Joseph Herzfeld
Mitglied des Reichstags.
I. Theil.
Bis zum Landesgrundgesetzlichen Erbvergleich.
76 Seiten. Preis 20 Pfg.
Zu beziehen durch die
Buchhandlung v. Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 50.

Gewerkschaften und Vereinen
empfehlen zu den bevorstehenden Weihnachtsfestlichkeiten als vorzüglich geeignet zu Kindergeschenken und Tombolagewinnen
Bilderbücher und Jugendschriften
sowie andere Literatur für Erwachsene in großer Auswahl
und eruchen, bei Bedarf zu beziehen durch die
Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 50.

Ihren reinigen . 1,50,
Federeinsehen . 1,50,
1 Jahr Garantie.
Uhrgläser 1. Qual. 0,30.
Aug. Böttner,
Uhrmacher,
Südrstraße 32.

Nothgedrungen
müssen unsere Kiefern-Säger schnellstens geräumt und zu Geld gemacht werden. Ohne Rücksicht auf frühere Preise werden
jetzt zu halben Preisen
und darunter gegen baar abgegeben:
Herren-Heberzieher sonst 10—14, jetzt Mk. 5 1/2 an
Herren-Heberzieher sonst 15—20, jetzt Mk. 8 1/2 an
Herren-Heberzieher sonst 19—24, j. R. 13 1/2 an
Herren-Heberzieher sonst 25—36, jetzt Mk. 16 an
Herren-Heberzieher sonst 30—40, jetzt Mk. 20 an
Herren-Anzüge sonst 10—15, jetzt Mk. 6 an
Herren-Anzüge sonst 16—20, jetzt Mk. 10 1/2 an
Herren-Anzüge sonst 22—30, jetzt Mk. 14 an
Herren-Anzüge sonst 34—42, jetzt Mk. 21 an
Herren-Joppen sonst 4—6, jetzt Mk. 2 1/2 an
Herren-Joppen sonst 6—8, jetzt Mk. 4 an
Herren-Joppen sonst 10—12, jetzt Mk. 6 1/2 an
Knaben-Hosen von 45 Pf. an, leichte
Joppen 60 Pfg. Ferner 1 Partie
Knaben-Anzüge, Pantalons, Joppen etc.
zu Spottpreisen.
Welthaus Goldene 33
nur Breitestr. 33, 1 Treppe.

Tesschan's
*** Messer
sind die
besten!
Diedrich Tesschan
27 Lübeck 27
Breitestrasse
Wandbegründungen und schleifen
scharf und gut.

Empfehle allen Freunden, Bekannten u. Gönnern
meinen **Basier-Salon.**
Achtungsvoll
Wilhelm Wigger, Nebenbofstraße 4-6.

Holzarbeiter-Verband
Außerordentliche
General-Versammlung
am Dienstag den 26. November
Abends 8 Uhr
im Verzinshaus, Johannisstraße 50/52.
Tages-Ordnung:
1. Berathung des neu ausgearbeiteten Lokalstatuts und der Geschäftsordnung.
2. Fragekasten.
3. Verschiedenes.
Wichtigkeit der Tagesordnung halber ist vollständiges Erscheinen dringend notwendig.
Die Lokalverwaltung.

Außerordentliche
General-Versammlung
der
Sterbefälle der Maurer in Lübeck
am Mittwoch den 27. Novbr.
Abends 8 Uhr
Johannisstrasse 50—52.
Tages-Ordnung:
Statutenänderung. Verschiedenes.
Der Vorstand.
Das Erscheinen der Mitglieder ist dringend
notwendig.

Auspielen
von
fett. Gänzen, Rauchfleisch
und **Karpfen**
auf einem Ziehbillard
am **Dienstag den 26. November.**
Anfang Morgens 10 Uhr.
Einsatz 50 Pfg.
Hierzu ladet freundlichst ein
G. Sahlmann
Rühlstraße 41.

Verband der Hafenarbeiter
(Section der Schauerleute).

Zur Abhaltung unseres diesjährigen Weihnachts-
vergnügens eruchen wir diejenigen älteren Kinder,
welche gewillt sind, beim Tannenbaum zu sitzen,
sich am Mittwoch den 27. d. M., Nachmittags
präcise 4 1/2 Uhr, im Vereinshaus, Johannisstraße
50—52, einzufinden, wobei die Gesangsübung stattfindet.

Das Comitee.
Gesang-Verein
„Einigkeit“
(St. Gertrud).
Extra-
Mitglieder-Versammlung
am Mittwoch den 27. November
Abends 8 1/2 Uhr
im Lokale Neu-Lauerhof.
Tages-Ordnung:
1. Besprechung der Weihnachtsfeier.
2. Vereinsangelegenheiten.
3. Verschiedenes.
Der Vorstand.

Circus Varieté
Letzte Woche!!
des interessanten
Specialitäten-Programm.
2 Humortitten — 2 Soubretten — Musikal.
— Eccentriker — 4 hervorragendste Turner-
nummern — 14 Fagotiers.
Heute Auftreten von
Heinr. Kalnberg
mit seinen humoristischen
Neuheiten.
Anfang des Concerts 7 1/2 Uhr.
Billets im Vorverkauf ermäßig.
Mittwoch
Specialitäten-Revue.
Heinr. Kalnberg und das große Programm.

Stadt-Theater.
Dienstag den 26. November. Anfang 7 Uhr.
49. Abonn.-Vorst. 58. Vorst. 9. Dienstags-Abon.
Neuhett. Zum 1. Male. Neuhett.
Ingrid.
Oper in 2 Akten von Carl Grammann.
Hierauf zum 1. Male.
Neuhett. Neuhett.
Die Medaille.
Komödie in 1 Akt von Ludwig Thoma.
Mittwoch den 27. November. Anfang 7 1/2 Uhr.
50. Abonn.-Vorst. 59. Vorst. 9. Mittwachs-Abon.
Doctor Klaus.
Lustspiel in 5 Akten von Ad. P. Arronge.

